

**Bezugspreis:**  
Vierteljährlich 1,60 — M., monatlich 35. — M.  
rei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 35. — M., einjähr. 3,60.  
Bestellungsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, Genua u. Nemei-  
sgebiet, sowie Oesterreich u. Lugzburg  
60. — M., für das übrige Ausland  
87. — M. Postbestellungen nehmen  
an Belgien, Dänemark, England, Est-  
land, Finnland, Frankreich, Holland,  
Lettland, Luxemburg, Oesterreich,  
Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei  
und Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Wort und Bild“, der Unter-  
haltungsbeilage „Reimerei“ und der  
Beilage „Siedlung und Rüstgarten“  
erscheint wochentlich einmal, Son-  
tags und Montags einmal.  
**Telegraphen-Adresse:**  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Anzeigenzeile  
kostet 15. — M. — Restameile 80. — M.  
„Kleinanzeigen“ das festgedruckte  
Wort 4. — M., (zuzüglich zwei festge-  
druckte Worte), jedes weitere Wort  
2. — M. Streifenzeile und Schil-  
denanzeigen das erste Wort 2,50 M.  
jedes weitere Wort 2. — M. Wort  
über 15 Buchstaben zählen für zu-  
ber. Familien-Anzeigen für 20  
Zeilen 3. — M.  
Anzeigen für die nächste Num-  
mern bis 4. Uhr nachmittags in  
Hauptstadt, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gebühren  
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Wortplan 15195-97  
Expedition Wortplan 11753-54

Sonnabend, den 6. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Wortplan 11753-54

## Lloyd George droht mit der Abreise.

London, 6. Mai. (WIB.) Eine aus Genua heute  
kurz nach 12 Uhr abgelaufene Reuter-Meldung besagt,  
es werde allgemein angenommen, daß der belgische  
Außenminister nicht bei seiner Haltung verharren  
werde und daß daher französische Unter-  
stützung für Belgien nicht in Kraft zu treten  
brauche. Es sei auch zu erwarten, daß Frankreich  
und Belgien das Rußland übergebene Memorandum  
in seiner gegenwärtigen Gestalt annehmen würden.  
Wenn es nicht angenommen werde, so sei es  
wahrscheinlich, daß Lloyd George unverzüglich  
nach London zurückkehre.

Genua, 6. Mai. (Havas.) Barrère übermittelte  
gestern nachmittag dem Vorsitzenden der Konferenz  
Facta eine Verbalnote, in der die französische  
Abordnung der Konferenz amlich mitteilt, daß  
die französische Regierung beschlossen hat, ihre  
Unterstützung zu der Denkschrift an die Russen  
solange nicht zu geben, als Belgien nicht die  
feine zu geben gewillt ist.

Barthou wird schon heute vormittag mit Lloyd  
George zu einer Besprechung zusammenkommen,  
bei der eine eventuelle gemeinsame Zusammenkunft  
mit Wirth und Rathenau getroffen werden wird.

Genua, 6. Mai. (WIB.) Tschischewin, Krassin  
und Litwinow hatten gestern abend eine lange  
Unterredung mit Lloyd George. Doffe ist  
gestern nach Berlin abgereist.

Lloyd George hatte gestern Unterredungen  
mit Lord Birkenhead und Worthington Evans,  
wobei die gesamte Lage in allen ihren  
Entwicklungen mit allen ihren Möglichkeiten  
erörtert wurde. Später empfing der britische  
Premierminister den polnischen Minister  
Sturmunt und den südsowjetischen Außenminister  
Rintschitsch.

## Unterredung mit Barthou.

Genua, 6. Mai 1922. (Sonderbericht des Sozialdemokratischen  
Parlamentsdienstes.) Barthou ist heute vormittag um 8,15 Uhr  
in Genua eingetroffen. Auf dem Bahnhofe äußerte er sich  
französischen Journalisten gegenüber sehr optimistisch. Er glaubte,  
daß die scharfen Auseinandersetzungen, die für heute angekündigt  
waren, ausbleiben. Zurzeit konferieren Barthou, Lloyd George und  
Schanzer über die Situation und die Lösung des Konfliktes. Die  
Lage ist noch gänzlich ungeklärt.

## Klagen eines Neutralen.

Paris, 6. Mai. (WIB.) Nach einer Havas-Meldung aus  
Madrid führt das Blatt „Los Informaciones“ in einem Artikel mit  
der Unterschrift „Ein Diplomat“ Beschwerde darüber, daß auf der  
Konferenz von Genua die Neutralen „schlimmer behandelt wurden  
als Kinder von armen Leuten“. Niemand, sagt der Artikelschreiber,  
macht davon Aufhebens; die Neutralen würden so gut wie zu keiner  
Beratung zugelassen und über nichts auf dem laufenden gehalten,  
trotzdem eine Frage wie die russische sie unablässig in Mitleidenschaft  
zog und interessierte. Es wäre sehr leicht möglich, daß zu den  
Konflikten, die zwischen den Alliierten und den Russen und zwischen den  
Alliierten untereinander entstanden sind, noch ein Konflikt der  
Neutralen mit den Alliierten hinzukäme.

## Der Kampf um das Petroleum.

Paris, 6. Mai. (WIB.) Die „Chicago Tribune“ behauptet,  
daß in der vergangenen Woche die amerikanische Standard Oil  
Company einen erheblichen Anteil der Aktien der schwedisch-  
russischen Gruppe Gebrüder Nobel erworben habe, die vor  
dem Kriege die Kontrolle über 40 Prozent der gesamten russischen  
Delproduktion besaß.

## Der Entwurf der Städteordnung.

Von Paul Hirsch.

Der Entwurf für eine preussische Städteordnung stimmt  
in mehr als einem Punkte mit dem für die Landgemein-  
deordnung überein. Die Regierung ist absichtlich bestrebt  
gewesen, die Bestimmungen beider Gesetze soweit wie irgend  
möglich gleichmäßig zu gestalten und ihnen auch die gleiche  
Fassung zu geben, schon aus dem rein äußerlichen Grunde,  
weil sich erfahrungsgemäß an Abweichungen der Fassung da,  
wo das gleiche gesagt werden soll, in der Durchführung und  
Anordnung der Befehle Zweifel und Streitigkeiten anknüpfen.  
weil aber auch von den Verwaltungsgerichten daraus eine  
gar nicht vorhandene Absicht differenzieller Behandlung auf  
seiten des Gesetzgebers gefolgert wird.

Neu ist zunächst, wenn man von der Einfügung der Vor-  
schriften über das kommunale Wahlrecht absieht, eine Reform  
der Eingemeindungsvoorschriften. Für jede Ein-  
verleibung eines ganzen Gemeindebezirktes in einen Stadt-  
kreis war bisher ein Gesetz erforderlich. Das bedeutete in der  
Praxis eine außerordentliche Erleichterung der Durchführung  
wirtschaftlich an sich gebotener Eingemeindungen von Vor-  
orten. In Zukunft sollen auch solche Eingemeindungen im  
gewöhnlichen Beschlußverfahren erfolgen können, wobei es  
der freien Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände  
seitens der Beschlußbehörde überlassen bleibt, ob überwiegende  
Gründe des öffentlichen Interesses eine Umgemeindung als  
geboten erscheinen lassen oder nicht. Nur ein Hauptfall des  
öffentlichen Interesses, die Notwendigkeit der Schaffung  
leistungsfähiger Gemeinden, ist im Gesetz aus-  
drücklich erwähnt.

Erleichtert ist ferner die Möglichkeit der Umwand-  
lung von Landgemeinden in Städte. In der  
Regel sollen Landgemeinden überwiegend städtischen Charak-  
ters in Zukunft schon, wenn sie die Einwohnerzahl von 10 000  
überschritten haben, auf ihren Antrag nach Anhörung des  
Kreisrates und des Provinziallandtages durch Beschluß des  
Staatsministeriums zu Städten erklärt werden können. Mit  
dieser Regelung kommt der Entwurf Wünschen entgegen, die  
schon seit Jahren von Landgemeinden geäußert sind.

Eine völlige Neuerung bedeutet die Einrichtung der Ver-  
waltungsbezirke, in die Städte von größerem Umfang  
und größerer Einwohnerzahl durch Ortsgesetz eingeteilt wer-  
den können. Nach dem Muster von Berlin soll durch diese Be-  
stimmung auch in anderen preussischen Großstädten dem Streben  
nach Dezentralisation bestimmter Verwaltungszweige  
Rechnung getragen werden. Organe der Verwaltungsbezirke  
sind die Bezirksämter; sie sind gedacht als Bezirksverwaltungs-  
behörden, die als ausführende Organe des Gemeindevorstands  
nach dessen Anweisung die ihnen übertragenen Geschäfte zu  
führen haben und denen insbesondere die Verwaltung der  
städtischen Einrichtungen und Anstalten ihres Verwaltungs-  
bezirks obliegt, soweit sie nicht durch den Magistrat unmittel-  
bar verwaltet werden. Ob für diese Einrichtung, die in den  
davon betroffenen Städten eine völlige Umstellung des ge-  
samten Verwaltungsapparates bedeutet, tatsächlich ein Be-  
dürfnis besteht, das werden am besten die beteiligten Ge-  
meindebehörden selbst beurteilen können. Vom grünen Tisch  
herab lassen sich solche Fragen nicht lösen.

An der Verfassung der Städte sollen nach dem  
Entwurf wesentliche Änderungen von grundsätzlicher Bedeu-  
tung nicht vorgenommen werden. Träger der öffentlich-recht-  
lichen Gewalt der Stadt ist die Gesamtheit der Einwohner,  
denen das Bürgerrecht zusteht. Die Bürgerchaft äußert ihren  
Willen unmittelbar oder mittelbar; unmittelbar aber nicht wie  
in Reich und Staat durch Volksbegehren und Volksabstim-  
mung, sondern lediglich durch die ihr vorbehaltenen Wahlen,  
mittelbar durch die verfassungsmäßig bestellten Organe der  
Stadt, d. h. durch die Gemeindevertretung und den Gemeindevor-  
stand.

Einer Entscheidung über die Frage Magistrate-  
oder Bürgermeistereiverfassung geht der Ent-  
wurf aus dem Wege; er läßt in salomonischer Weisheit beide  
Systeme nebeneinander zu. Städte, in denen die Magistrats-  
verfassung besteht, können durch Ortsgesetz die Einführung der  
Bürgermeistereiverfassung beschließen, während Städte, in  
denen die Bürgermeistereiverfassung besteht oder eingeführt  
wird, diese Verfassung endgültig beibehalten müssen. Diese  
Bestimmung ist eine der größten Schwächen des Entwurfs,  
der gegenüber der jetzigen Zustand immer noch, obwohl er uns  
keineswegs befriedigt, der Vorzug zu geben ist. Heute wissen  
wir wenigstens, welche Verfassung die Städte in dieser oder  
jener Provinz haben. In Zukunft könnte es dahin kommen,  
daß von zwei dicht nebeneinander liegenden, räumlich vielleicht  
nicht einmal getrennten Städten, die eine die Magistrats-, die  
andere die Bürgermeistereiverfassung angenommen hat. Ja,  
es könnte auch der Fall eintreten, daß eine Zufallsmehrheit  
die Einführung der Bürgermeistereiverfassung beschließt, und  
daß die neue Stadtverordnetenversammlung, obwohl sie in  
ihrer Mehrheit auf dem Boden der Magistratsverfassung steht,  
den Schritt nicht wieder rückgängig machen kann. Hält die  
Regierung diesen Zustand wirklich für erwünscht?

## Reichstag am Mittwoch.

Der Aeltestenrat des Reichstages hat heute vormittag den  
Arbeitsplan für die nächste Woche festgelegt. Das Plenum  
tritt am Mittwoch, nachmittag 3 Uhr, zusammen.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung der Etats  
der Eisenbahnen und der Post.

Es ist noch nicht bestimmt, ob und wann der Reichstanzler  
für einige Tage nach Berlin kommen wird, und ob er dann  
den Parteiführern oder vor dem Auswärtigen Ausschuh über  
die Verhandlungen in Genua Bericht erstatten wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfrac-  
tion tritt am Mittwoch abend zusammen, um u. a. die  
neue Befoldungsordnung zu beraten, die noch im Laufe der  
nächsten Woche im Haushaltsausschuh und, wenn irgend mög-  
lich, auch im Plenum verabschiedet werden soll.

## Magistrat und Armenrentner.

Zu dem Artikel „Die Not der Sozialrentner“ von Fr. Krieg  
(„Vorwärts“ Nr. 203) wird uns geschrieben: Der Artikel schildert die  
Not der Rentnempfangen und Rentenlosen in trefflicher Weise. In  
einer Hinsicht bedarf er allerdings einer Ergänzung. Auf Vor-  
stellwerden des Zentralverbandes der Invaliden  
und Wiltmen Deutschlands beim Dezernenten des Wohl-  
fahrtsamtes sah sich dieser veranlaßt, dem Magistrat einen Vor-  
schlag auf Erhöhung der Armenunterstützungshöchstätze zu unter-  
breiten. Der Magistrat hat daraufhin am 5. April den Beschluß  
gefaßt, die Unterstützungsstöchstätze wie folgt zu erhöhen:

Laufende Unterstützung: Einzelne Personen bis zu  
240 M. (bisher 140 M.); kinderlose Ehepaare bis zu 350 M. (bis-  
her 200 M.); Familien mit unterwachsenen Kindern: bei einem  
Kind bis zu 430 M. (bisher 240 M.), bei zwei Kindern bis zu  
510 M. (bisher 280 M.), für jedes weitere Kind bis zu 80 M.  
(bisher 40 M.) mehr.

Einmalige Unterstützung an laufend unterstützte Per-  
sonen innerhalb drei Monaten einmal bis zu 100 M. (bisher  
50 M.) über die Höhe zu 1 hinaus.

Einmalige Unterstützung an andere Personen bis  
zu 200 M. (bisher 150 M.).

Laufende Unterstützung an Sozial- und Unfall-  
rentner nur mit Genehmigung der Kreisversammlung bzw.  
der diese Einrichtung erhaltenden Stelle zu gewähren.

Einmalige Unterstützung durch die Armenkommissionen an  
Sozialrentner sind nur in besonderen Fällen zu zahlen.

Neben Erwerbslosenunterstützung dürfen laufende  
Unterstützungen überhaupt nicht, Sonderunterstützungen nur in ganz  
besonderen Fällen mit Genehmigung der Kreisversammlung  
bzw. der diese Einrichtung erhaltenden Stelle gewährt werden. Der  
Ehrenlohn wird in keinem Falle mitberechnet.

Die von der Kommission bewilligten Naturalien sind in den Be-  
trag einzurechnen, nicht aber die vom Arzt verordneten  
diätetischen Heilmittel, Milch und Fleisch.

Die Genehmigung zur Ueberschreitung oder zur Wieder-  
holung innerhalb 4 Monaten steht der Kreisversammlung,  
in dringenden Fällen dem Kreisvorsitzer zu. In den Bezirken,  
die diese Einrichtung nicht haben, ist die entsprechende Stelle zuständig.

Da einzelne Bezirke von dem Berliner Unterstützungssystem  
abweichende Bestimmungen haben, z. B. die Entscheidung über die  
Unterstützungen nicht den Kommissionen überlassen, sind diese Unter-  
stützungshöchstätze in diesen Bezirken als Richtlinien zu vermerken.

Dieser Beschluß des Magistrats wurde bereits am 25. April  
der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis-  
nahme unterbreitet. Es ist eine Folge der unvernünftigen, die Um-  
wicklung der Arbeiten verhandelnden Haltung eines Teils des Stadt-  
verordnetenkollegiums, wenn diese dringende Vorlage noch nicht zur  
Erledigung gekommen ist. Darum muß es — und hierin ist dem be-  
treffenden Artikel im „Vorwärts“ vollständig zuzustimmen — für  
die Stadtäter und den Magistrat heißen, schnell und ausgiebig  
zu helfen, um so Elend und Not der großen Masse der Armen- und  
Sozialrentner wenigstens etwas zu mildern.

## Gefährdung der Milchversorgung im Westen

### Eine französische Käsegesellschaft in Deutschland.

Die Versorgung der Städte, insbesondere der industriereichen,  
mit Frischmilch für Säuglinge und Kranke ist bekanntlich nicht hin-  
reichend. Es sollte alles getan werden, um wenigstens die vorhan-  
dene Milch restlos zur Ernährung der bedrohten Stadtbevölkerung  
zu verwenden. Was sich nun aber in letzter Zeit am Niederrhein  
abspielt, ist getraut, die vorhandenen Gefahren noch zu vergrößern.  
Im Kreis Rürs hat sich eine französische Molkereigesellschaft  
mit dem Hauptstich in Köln niedergelassen zur Verwertung der  
Milch zu Gervaiskäse, also zur Herstellung einer Luxusware. Durch  
die Eröffnung der Fabrik in Rürs sind die Städte Duisburg, Essen,  
Oberhausen, Hamborn und Sterkrade insgesamt täglich um rund  
6000 Liter Frischmilchlieferung gekommen. Die Gervais-M.G. ent-  
zieht nicht nur große Mengen der erzeugten Frischmilch der Be-  
völkerung. Sie treibt auch eine durchaus verwerfliche Preispolitik,  
indem sie der Landwirtschaft für die zu liefernde Milch über den  
Tagespreis hinausgehende Preise bietet. Ferner stellt sie die  
Kannen zur Milchlieferung und bietet sich an, bedeutende Summen  
als Sicherheit für die Landwirte auf einer Bank zu hinterlegen. Die  
Landwirte haben zuerst die hohen Milchpreise eingestrichelt. Jetzt,  
nachdem es bereits zu spät ist, sehen auch sie ein, daß in der Verwert-  
ung des Vorhabens der Gervais-M.G. eine außerordentliche Ge-  
fahr für die allgemeine Volkswirtschaft liegt. Die freie Bauern-  
schaft hat deshalb ihre Mitglieder aufgefordert, keine Milch an die  
Gervais-M.G. zu liefern. Es wäre dringend zu wünschen, wenn die  
zuständigen Behörden nach wie vor sich mit allen Mitteln der  
Sache annähmen wollten, weil hier nicht nur wichtige volkswirt-  
schaftliche Interessen auf dem Spiele stehen, sondern Leben und  
Gesundheit der Bevölkerung.

Paul Urelrod, der Führer der russischen sozialdemokratischen  
Partei, wurde am 3. Mai in Berlin operiert. Die Operation ist  
glücklich verlaufen.

Wie in der Landgemeindeordnung so sind auch in der Abteuerung die Angelegenheiten der Gemeinde in Selbstverwaltung, und in Auftragsangelegenheiten geteilt; die einschlägigen Bestimmungen decken sich in allem wesentlichen. Mit einigen knappen Sätzen wird u. a. auch das Problem der Kommunalisierung gestreift. Soweit die Gemeinden auf Grund gesetzlicher Ermächtigung privatwirtschaftliche, gewerksmäßige Unternehmungen in die Gemeinwirtschaft überführen und zum Zweck des ausschließlichen Betriebes eines Wirtschaftszweiges die Errichtung oder Fortführung gleichartiger privatwirtschaftlicher Unternehmungen unterlassen, wird ihnen die Pflicht auferlegt, den Betrieb so zu führen, daß das öffentliche Bedürfnis befriedigt wird. Das ist alles, was über eine so aktuelle Frage gesagt wird. In diesem Punkte bedarf der Entwurf notwendigerweise einer Ergänzung.

Ebenso wenig befriedigend ist das, was im Entwurf über die Staatsaufsicht enthalten ist. Daß Beschlüsse der städtischen Körperschaften die Befehle nicht verletzen dürfen, ist selbstverständlich. Daß aber die Aufsichtsbehörde darüber hinaus das Recht haben soll, Maßnahmen von Selbstverwaltungsorganen auch auf ihre bloße Zweckmäßigkeit hin zu prüfen, vertritt sich mit dem, was wir unter Selbstverwaltung verstehen, schlechterdings nicht. Denn etwas anderes als die Befugnis der Prüfung von Beschlüssen auf ihre Zweckmäßigkeit hin bedeutet doch in der Praxis letzten Endes die Bestimmung nicht, daß die Aufsichtsbehörde die Verpflichtung einer Stadt zu Handlungen oder Unterlassungen festzustellen hat, falls die Verwaltung nicht in geordnetem Gange ist oder falls eine Stadt die für die ordnungsmäßige Verwaltung der ihr auf Grund öffentlichen Rechts obliegenden Angelegenheiten erforderlichen Maßnahmen unterläßt oder verweigert, daß in solchen Fällen Verhandlungen mit der Stadt vorausgehen müssen und daß gegen die Feststellung die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zulässig ist, gestattet die Befugnisse der Aufsichtsbehörde zwar etwas erträglicher, kann aber unsere Bedenken nicht aus dem Wege räumen.

Daß wir uns gegen das Bestätigungsrecht, das der Entwurf für alle Magistratsmitglieder beibehält und dort, wo es heute nur für die Bürgermeister besteht, auch auf die Stadträte ausdehnt, aus grundsätzlichen Erwägungen wendet, bedarf ebensowenig der Betonung, wie daß wir dem Staatsministerium nicht das Recht der Auflösung einer Stadtverordnetenversammlung zugestehen können. Hierzu ist um so weniger Veranlassung, als schon bisher von diesem Recht so gut wie nie Gebrauch gemacht worden ist. Erwähnt sei noch, daß, abgesehen von Berlin, in allen Städten innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der neuen Städteordnung die Stadtverordnetenversammlungen und die Ehrenbeamten neu zu wählen sind. Voraussetzlich werden wir also Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres mit Neuwahlen zu rechnen haben. Das verpflichtet uns um so mehr, den Kampf um die neue Städteordnung so zu führen und eine solche Fassung des Gesetzes anzustreben, daß wir weitesten Kreisen die Ueberzeugung von unserem ehrlichen und entschlossenen Willen beibringen, die Gemeinden zu einer wichtigen Waffe im Befreiungskampf des Proletariats auszugestalten.

## Still gestanden!

Am „Militärwochenfest“ jammert ein Offizier: Wie aber sollen wir reden? Nur schlichte Worte werden verstanden. Fast scheint es, als wählte man im Volke nicht mehr, was der Griff „Gewehr über!“ was „Still gestanden!“ bedeutet. Leider! Große Teile des Volkes haben es wirklich vergessen. Sonst wäre es undenkbar, daß sie der verfluchten Wiedergabe des geisttötenden Drills, daß sie dem Gipfelpunkt der tierisch-menschlichen Dressur, dem Paradesarsch im Fredericus-Reg-Form anjubeln. Wer selbst einmal in der alten Armee mit Schimpfworten und Rühmungen zu diesen Dingen abgerichtet worden ist und noch etwas Erinnerung daran behalten hat, dem muß dieser Jubel wie ein Hohn auf seine tiefste Entwürdigung klingen.

## Grabbes „Napoleon“ im Schauspielhaus.

Napoleon, Hannibal, Sulla, Don Juan und Faust als Zwillinge — welche Ueberfülle der Geschichte, welche Ueberheblichkeit der Gesichte bei einem Mann, der sein ganzes Leben lang das Gefühl nicht verlor, ihm hätten die alkoholpendende Mutter und der Vater mit seinem alkoholischen Blut ein nützliches Stück vom Leben frühzeitig abgedrückt. Immer will Grabbe über das höchste Genie noch höher hinaus. Er gelangt gar nicht zu sich, weil er stets über sich gelangen wollte. Darum wurde er auch der große Personen- und Geschichtskritiker. Darum bohrte er auch Faust, den Helden der Gedanken, mit Don Juan, dem Helden der persönlichsten Seelenundecktheit, peinlich ineinander, obwohl der liebe Gott und seine Brüder, alle Genies der Erde, diese beiden Träger der gegensätzlichsten Weltdeutungen faulerlich voneinander getrennt hatten. Er bildete sich ein, daß er ein politischer Reagier wäre, als er nach einigen Memoirenbüchern sein Napoleonspiel erfand. Er meinte, er wäre ein Prophet, als wirklich beim Erscheinen des Werkes Philipp Egallitz, der dem Scharfrichter von 1792 nicht verfallen war, französischer König wurde. Derartige Dichterträume sind harmlos und zugleich verwerflich. Sie zeigen Grabbe im Besitze eines ungeheuren Selbstvertrauens. Er fürchtet nicht, daß er die Geschichte fälscht, wenn er Ludwig XVIII. nur als einen idiotischen Diktator schildert. Er hält mit jeder romantischen Fäulnis zum Napoleon, d. h. zur tyrannischen Einzelpersönlichkeit. Folglich wird die Waffe des Volkes oder des Heerführers bei ihm immer nur etwas Dummes, Schweres, dem Flug des Halbgottes im Wege. Schließlich hat er sich selber ganz in Napoleon verwanbelt. Er führt seine Schlachten als genialer Strategie auf dem Papier. Er führt die Schlachten bis zur letzten, bei Waterloo ungeheuer verlorenen durch. Diese Hingabe des kleinen deutschen Bürgers an Napoleons soldatische Weltanschauung ist wiederum einer von den dunklen, beirrenden Zügen Grabbes. Es handelt sich nicht nur um den Sammler der historischen Stücke. Die Wandlung, die den Komödianten in tausend verschiedene Menschen hineinreißt, hat Christian Grabbe ergriffen. Trotzdem ist diese Napoleontragödie fast, knochenhaft aufgebaut, nach einigen Zustandeschreibungen in die epische Chronik hineingepufft. Nicht die dramatische Gestalt zwingt den Zuschauer, noch die dramatische Wucht der Ereignisse.

Das erwog sicher auch Jessner, der Regisseur. Zwischen den Volkseigenen in Paris und den Schloßherrschaften herrscht nicht nur der Unterschied des Redens. Das wurde im Staatstheater jedoch oft vergessen. Im Port Royal schmettern die Leute alle mit einer Posaune aus der Brust. Man wird bald taub. Es wird am falschen Plage gejetert, wenn Grabbe diese Auftritte auch nicht anders gehört hat.

## Spiegel der Patrioten.

### Ein Volksparteier über die Steuerfreudigkeit der Besitzenden.

Es ist nun schon ein recht abgeleiertes Lied und dennoch wird es immer wieder gesungen — die Erzählung von der Schuld der deutschen Arbeiter am Finanzelend des Reiches. Wenn die Unternehmer unter sich sind, dann kann man mitunter Meinungen hören, die etwas anders lauten und dabei den Vorzug der Ehrlichkeit für sich haben. So hat kürzlich auf der Tagung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller der Volksparteier Dr. Becker über „Unsere Steuerpolitik“ einen Vortrag gehalten. In dem Bericht der „Nationalliberalen Korrespondenz“ heißt es dazu:

Nach einleitenden allgemeinen Betrachtungen über die Zusammenhänge zwischen Steuern und Wirtschaft führte Redner zunächst zu der Frage, ob während des Krieges, der die deutschen Finanzen gerüttelt hat, steuerlich mehr hätte geschehen können, bemerkenswerte Momente an, insbesondere den bis zur Revolution unüberwindlichen Widerstand der Bundesstaaten, die sich ihre Landessteuern keinesfalls hätten nehmen lassen, und die Gefahr, daß bei der mangelnden Opferfreudigkeit des deutschen Volkes, wenn ihm ähnliche Abgaben zugemutet worden wären wie in England, der Zusammenbruch noch schneller eingetreten wäre.

Das ist ja die gleiche Feststellung, wie wir sie immer gemacht haben! Unter dem während des Krieges steuerfaulen deutschen Volk meint Herr Becker seine eigenen Parteigenossen und Wähler. Denn sie waren es, die während des Krieges alle sozialdemokratischen Versuche, auch nur die Kriegsgewinne zu versteuern, energisch verhinderten.

Aus diesem Grunde verdient Beckers Bekenntnis zu früheren Sünden alle Aufmerksamkeit. Wir werden es uns merken.

## Die Volkspartei lobt Rußland.

Die „Zeit“ meldet, daß im Reichstagsklub der Deutschen Volkspartei der Abgeordnete Dr. Hugo über seine russische Reise gesprochen hat. Sie schreibt:

„Dr. Hugo ging von den politischen Zuständen Rußlands aus und legte in überzeugender Weise dar, daß die russische Sowjetrepublik heute von einer kaum zu überstreichenden politischen Energie der regierenden Männer geleitet werde. Die heiligen Nachbarn in Rußland besäßen die Nervenkraft, um jeden Widerstand gegen ihr Regiment zu brechen und besäßen auch die Entschlossenheit, unter allen Umständen die Autorität des Staates aufrechtzuerhalten. Auch das politische Nachmittels des Heeres habe die Regierung sich zu schaffen verstanden, und weit über die Kreise des Volkswissenschaftlers hinaus sei es ihr gelungen, mit der allrussischen Parole eine auswärtige Politik zu betreiben, die weitgehende Anerkennung im russischen Volke findet. Jedenfalls sei es falsch anzunehmen, daß etwa Kräfte vorhanden seien, die die heutige Regierung politisch stürzen könnten, dafür seien die Widerstände zu schwach und die Energie der vorhandenen Gewalt zu groß.“

Man sieht, die guten Beziehungen der Sowjetrepublik mit den deutschen Stinnes-Leuten wirken sich propagandistisch recht vorteilhaft aus. Die allrussische Parole imponiert dem Volksparteier wie es scheint ganz besonders, sie erinnert ihn wohl in ihrer Kombination mit Militär, „politische Energie“, „Autorität des Staates“ usw. an eigene politische Ideale. Wie muß die russische Staatsgewalt in Wirklichkeit aussehen, wenn sie bei dem Industriellen und Volksparteier Gnade und Anerkennung findet!

## „Unter dem Einfluß des Umsturzes“.

In der „Deutschen Zeitung“ beweist wieder einmal ein alter Gamahenknopf, der Oberst v. D. Immanuel, daß wir im Herbst 1918 noch sehr schön hätten siegen können, wenn wir nur den Glauben an den Sieg gehabt hätten. Wer der habe gefehlt, was Oberst Immanuel auf folgendes zurückführt:

Wir unterlagen, weil wir die Ueberzeugung durch den Einfluß des Umsturzes gewonnen hatten, überhaupt schleunigst Schluch machen zu müssen, koste es, was es wolle.

Ja, diese Grabbesche Kavalität und Knabenhaftigkeit, die den Scharfrichter als den echten Stoffhund und die Göttin der Vernunft als die ausschließliche Lubere himmeln und lärmeln läßt, verführt zur Nachahmung. Sie wird aber heute zur Oper. Hatte Grabbe die Oper im Sinn, so hätte Jessner sich auf die Tragkraft der Herren von 1922 besinnen sollen. Der Hof des achtzehnten Ludwig ist bei Grabbe Karikatur. Der Hof wird bei Jessner ganz und gar Serenissimus-farce. So gehen die Sachen aber nicht.

Dann folgt das riesige Gedonnere von Waterloo, bis Napoleon die Kolonne von Granit verläßt, um in den Nebel seines Unterganges zu verschwinden. Herr Lubitz verfügt in Wollersdorf über andere Trüben für die Entwicklung englischer, französischer, preussischer Truppen. Herr Jessner muß also den Ehrgeiz begraben, Herr Lubitz zu sein. Da er nun aber den Grabbeschen Napoleon beenden muß, leistet er im engen Rahmen seiner Bühne Vorzügliches. Leider ermüdet, erheitert sogar tragisch Grabbe durch die wieder knochenhafte Art, in der er Waterloo ausstoben läßt. Cesar Klein, der Bühnenmaler, hat alles getan, um diese starrtende Bewegtheit in Fluß zu bringen. Doch schließlich steht auf der Bühne nichts anderes als ein riesiges Panoramabild. In den Gucklöchern von Waterloo haben es alle deutschen Soldaten angestaut und belächelt. Wenn schon Krieg auf der Bühne sein muß, dann schon Filmkrieg, Amerika-Komik, modernste Technik. Dieser schäbige Erfolg zwischen den Kunststücken, macht den Krieg auf der Bühne unmöglich. Selbst der fundentlang gelbe Naturalismus des Knocnenbonners wirkt nur als Kulissenbonner. Schließlich, weich armes Port Royal, Herr Cesar Klein! Hier wäre Grabbes ganze beirrende Phantasie zu decken gewesen. Die Farben überall schön, erlesen, die Beleuchtung in den Schlachten sehr geistreich. So wurde manches weitgemacht.

Hartaus Napoleon — deklamatorisch gewiß, aber sehr stark aus der Knocnigkeit befreit, im Bonaparte, der zum Theater gehend Gelten übt, ein Feldherr wirklich, der noch einmal an Sieg glaubt. Er hat der Rolle jedes Paradiesische genommen. Herr von Leder Ludwig XVIII., die fanatische Tochter Ludwigs XV., Dognan Servaes, Blücher Arthur Kraußneck, Wellington Rudolf Forster, sie alle gute Namen, aber keiner außerordentlich. Hartaus übertrage.

Mag Hochdorf.

## Wilhelm gegen Libussa.

Der Dichter und Satiriker Karl Sternheim hat vor einiger Zeit eine kleine Schrift „Libussa“ erscheinen lassen. Libussa ist des ehe-maligen Kaisers Leibsch, das aus dem Petersburger Marfall kommt, erst den Jaren Nikolaus und seine Gemahlin trägt, darauf als Geschenk an den Prinzen von Wales, dem späteren König von England geht und von diesem an seinen Vetter Wilhelm weiter verschickt wird. Auf die Schicksale dieses Pferdes ist nun eine Satire in der Art begründet, daß Libussa ihre Erinnerungen erzählt, wobei

Durch den Einfluß des Umsturzes — wen meint der Herr Oberst? Die Ueberzeugung, daß schleunigst Schluch gemacht werden müsse, koste es, was es wolle, ist bekanntlich von Hindenburg und Ludendorff ausgegangen, die ihren Telegrammen vom 26. September bis 3. Oktober 1918 (sie sind gesammelt in der Schrift „Der Sieg war zum Greifen nahe“) die Regierung befürworteten, sofort einen Waffenstillstand mit dem Gegner abzuschließen, unter dem wiederholten dringenden Hinweis, daß die Armee keine 48 Stunden mehr warten könnte. Von diesen Angstschreien der Obersten Heeresleitung ist der völlige Zusammenbruch der Stimmung, der Verlust jeden Glaubens an einen noch möglichen Erfolg der deutschen Waffen ausgegangen. Mit dem „Einfluß des Umsturzes“ können also nur Hindenburg und Ludendorff gemeint sein.

## Beamtengehälter und Existenzminimum.

### Senkung des Einkommens der unteren Beamten.

Aus den Kreisen der höheren Beamenschaft brachte das „N. Z.“ (Nr. 206) eine Klage über die Missetat der Gehälter der höheren Beamten. Dazu geht uns eine Gegenüberstellung zwischen den Beamten-einkommen im Jahre 1913 und dem Stande vom April 1922 zu, die mit dem Existenzminimum für März 1922 (nach K u e z n s t!) in Vergleich gestellt wird. Unter Bezugnahme auf die Flugblätter des Deutschen Beamtenbundes Nr. 5 „Der soziale Niedergang der deutschen Beamenschaft“ wird berechnet, daß das Friedenseinkommen eines unteren Beamten im Jahre 1913 mit 1640 M., das 1,7fache des Existenzminimums für einen Ehepaar, das 1,5fache für ein Ehepaar und das 1,5fache für eine vierköpfige Familie betrug. Dieses Existenzminimum sei der Teuerung nicht angepaßt, sondern nur gesenkt worden, relativ zurückgegangen.

Wenn April-Einkommen der Beamten und Teuerungszahlen für März 1922 einander gegenübergestellt werden, ergibt sich, daß das Einkommen der unteren Beamten unter Einrechnung der Familien- und Kinderzulagen nunmehr nur noch 0,9 des für Groß-Berlin ermittelten Existenzminimums beträgt.

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß auch die Gehälter der höheren Beamten bei weitem nicht so gestiegen sind, wie sie nach der eingetretenen Geldentwertung hätten steigen müssen. Doch auch an der Tatsache ist nicht zu rütteln, daß die Teuerung sich gleichmäßig für alle auswirkt. Wenn der Aufwand für den nothwendigen Lebensunterhalt sich pro Kopf um eine bestimmte Summe erhöht hat, so kann der Mehrbedarf nicht durch einen prozentualen Aufschlag ausgeglichen werden. Ein solcher bleibt für den gering besoldeten Beamten hinter dem Betrag zurück, der für den Ausgleich notwendig ist. Dieser zur Aufrechterhaltung der Lebensmöglichkeit notwendige Bedarf muß zu allererst gedeckt werden.

Das ist nicht geschehen.

Das Einkommen betrug bei den

	1913	April 1922	Frau m. 2 Kindern	mit 3 Kindern
höheren Beamten	6500	69100	2490	7038
mittleren Beamten	3320	47100	2490	6724
unteren Beamten	1640	32650	2240	6335

Das Existenzminimum war für

	1913	Nam	Ehepaar	mit 3 Kindern
1913	871	1130	1471	1471
April 1922	10600	80200	41000	41000

Das Existenzminimum war mal enthalten im Einkommen des

	oberen Beamten	mittleren Beamten	unteren Beamten
für 1913	4,4	2,0	1,9
April 1922	3,5	1,4	1,1
Nam	7,4	3,5	2,4
Ehepaar	5,6	2,8	1,8
mit 2 Kind.	4,5	1,8	1,1

Bevor die Lebenshaltung der unteren Beamten vor dem Kriege noch das von Dr. Kuzniss ermittelte Existenzminimum ertragen einen Ausfall. Einem Menschen, von dem man Arbeit verlangt, muß man das zur Existenz notwendige geben. Ob es darüber hinaus noch möglich ist, der Geldentwertung im Ausgleich der Vergütung für die Leistung Rechnung zu tragen, kann im Ermessen von Regierung und Reichstag liegen. Das Existenzminimum zu erhalten, ist zwingendes Gebot. Und wenn die höheren Beamten das noch nicht eingesehen haben, wenn sie glauben, mit einer Mißbilligung dieses Gebots der Stunde schwächen, für Regierung und Reichstag verschleiern zu können, so zeigen sie damit nur, daß sie entweder aus der Not der Zeit noch nichts gelernt haben oder ihnen an den schwersten Erschütterungen des Wirtschaftens nichts gelegen ist.

allerhand satirische Streiflichter auf die Höfe von Petersburg, London und Berlin fallen. Libussa ist zunächst eine glühende Verehrerin Wilhelms, erlitt dann aber im Weltkrieg ihre schmerzliche Enttäuschung, als Wilhelm sich weigert, beim Zusammenbruch auf ihrem Rücken den Heldentod im Schlachtgetümmel zu suchen. Die bekannten Taktlosigkeit und festsamen Erlasse des Kaisers, wie der halbherzige Mühenruf der Marine, seine Drohreden gegen die „Rinnstinkt“ usw. sind in die Schilderungen satirisch hineinverwoben.

Das hat Wilhelm so in den Harnisch gebracht, daß er nunmehr dorangeht, Libussa zu verklagen. Da aber ein Pferd, auch wenn es mittels Klappschabed Memoiren schreiben kann, nach deutschem Recht noch keine prozessfähige Person darstellt, so hat der Exmonarch Verfasser und Herausgeber der Schrift vor den Rabi zitiert.

Der letzte Hohenzollernmonarch gegen sein Pferd klagend! Wilhelm hat es offenbar darauf angelegt, der Sternheim'schen Satire den Tripunkt aufzusetzen. Wir erkennen neidlos an, daß es ihm gelungen ist, Sternheim zu überfierenheimen.

Der Gedanktag Mendels. Anlässlich der hundertjährigen Wiederkehr des Geburtstages von Gregor Mendel, dem Schöpfer der Vererbungslehre, wird vom 22. bis 24. September d. J. zu Brünn ein internationaler Naturforscher-Kongress stattfinden. Der eigentliche Tag wäre der 22. Juli, denn an diesem Tage des Jahres 1822 wurde Mendel zu Heinzendorf in Deisterfisch-Schlesien geboren. Er lebte meist in Brünn und hat dort auch seine Forschungen über die Vererbungen an Pflanzen angestellt. Bei seinen Besuchen wurde wenig davon bekannt, und er hat wohl selbst Bedenken geäußert, die allgemeine Aufmerksamkeit zu sehr auf diese seine Lieblingsbeschäftigung zu lenken, da er dem geistlichen Stande angehörte und leicht in Konflikt mit den Ansichten seiner Oberen kommen konnte. Seine beiden Hauptarbeiten erschienen erst 1865 und 1869 unter ganz ungeschicklichen Titeln: „Versuche über Pflanzenhybriden“ und „Ueber einige aus künstlicher Befruchtung gewonnene Hieracium-Pflanzen“. Sie blieben auch gänzlich unbeachtet und kamen erst nach Mendels Tode, der 1884 erfolgte, in weitere Kreise. Heute zählen sie, wie etwa Werke von Linne, Sprengel, Darwin, zu den klassischen Schriften der Naturwissenschaft. Auf dem Kongress, der zur Erinnerungsfest in Brünn stattfinden wird u. a. eine Festschrift verteilt werden, die Verhandlungen über Fragen der Vererbungslehre enthält. Einladungen an auswärtige Gelehrte sind schon ergangen.

Erkennungsblätter der Woche. Dienst. Kammerbische: „Einen Tag mitterlich machen.“ Samstag. Neues Volkstheater: „Anna Bolena.“ — Ab. im Amalienpark: „Der schwarze Vetter.“ Sonntag. Friedrichs Theater (11/11): „Waterford.“ — Großes Schauspielhaus: „Die vierjüngere Welt.“

Uraufführungen. Sonntag. Vom Garbische nach Bismarck. Dienst. Sonntag. Einheim. Film. Mitter. Sonntag. „Blumengeheimnisse und Filmwunder.“ Freit. „Vom Feld zum Meer.“



